

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1990 bis 2005: keine Dominanz der Bundespolitik

Dieter Ohr und Markus Klein

Die Ergebnisse von Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland, werden seit jeher als in besonderem Maße durch die Bundespolitik beeinflusst angesehen. Da bei Wahlen im Land ein gutes Fünftel¹ der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands zu den Urnen gerufen wird, sind deren Ergebnisse naturgemäß immer auch von bundespolitischem Interesse. Die im Bund regierenden Parteien können etwaige Wahlniederlagen in Nordrhein-Westfalen nur schwer als regionale Besonderheit herunterspielen. Aktuelles Beispiel für diese besondere Signalwirkung ist die vorgezogene Bundestagswahl des Jahres 2005. Bundeskanzler *Gerhard Schröder* begründete die dieser Wahl vorausgegangene Vertrauensfrage in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 1. Juli 2005 unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 22. Mai.² Deren Ausgang interpretierte er als Abstimmung über seine Reformpolitik und leitete aus der Wahlniederlage der SPD die Notwendigkeit einer Neuwahl im Bund ab. Dieses politisch brisante Beispiel mag als Beleg dafür dienen, dass die Untersuchung der bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von mehr als nur akademischem Interesse ist.³

1. *Neueste Forschungen zum Einfluss von Bundespolitik und Landespolitik auf die Wählerentscheidung bei Landtagswahlen*

Die den bisherigen Forschungsstand zur bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen kennzeichnenden Studien⁴ sind insofern problematisch, als sie letztlich Aussagen über die relative Gewichtung von bundes- und landespolitischen Einflussfaktoren der individuellen Wahlentscheidung treffen wollen, ihre Empirie sich aber ausschließlich auf der Ebene aggregierter Wahlergebnisse bewegt. Auch können die diesen Arbeiten zugrunde liegenden Analysestrategien nicht auf die hier interessierenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlen übertragen werden: Seit der Bundestagswahl 1949 gab es bislang nur dreizehn solcher Wahlen, so dass die verfügbare Fallzahl zur Schätzung von Aggregatmodellen deutlich zu gering wäre.

- 1 Bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vor der deutschen Wiedervereinigung lag dieser Anteil sogar bei über einem Viertel.
- 2 Vgl. Plenarprotokoll der 185. Sitzung des Deutschen Bundestags, abrufbar unter <http://dip.bundestag.de/btp/15/15185.pdf>. Vgl. auch *Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann*, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 22. Mai 2005: Schwarz-Gelb löst Rot-Grün ab, in: ZParl, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 163 ff.
- 3 Dies gilt umso mehr, als bereits das Ende der Regierung *Ludwig Erhard* gemeinhin als stark vom Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl des Jahres 1966 beeinflusst angesehen wurde, vgl. dazu *Klaus G. Troitzsch*, Die Landtagswahlen des Jahres 1970, in: ZParl, 2. Jg. (1971), H. 2, S. 174.
- 4 Vgl. für einen Überblick über den Stand der Studien den Beitrag von *Kai-Uwe Schnapp* in diesem Heft der ZParl.

Untersuchungen der bundespolitischen Durchdringung nordrhein-westfälischer Landtagswahlen müssen folglich auf der Grundlage von Umfragedaten vorgenommen werden. Eine erste solche Untersuchung wurde unlängst von *Ivar Krumpal* und *Heiko Raubut* vorgelegt.⁵ Sie analysieren unter siebzehn Landtagswahlen zwischen 1996 und 2000 auch die nordrhein-westfälische vom 14. Mai 2000. Als Datengrundlage ziehen sie die Umfragen der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen (FGW) heran. Die zu erklärende Variable ist eine Wahlentscheidung zugunsten der SPD oder der CDU/CSU. Als unabhängige Variablen werden die Sympathiekalometer für die jeweilige Bundes- und Landespartei verwendet. Die relative Gewichtung von bundes- und landespolitischen Einflussfaktoren der Wahlentscheidung ermitteln *Krumpal* und *Raubut* durch einen Vergleich der Koeffizienten der beiden Skalometer zu jeweils einer Partei auf Landes- und Bundesebene im Rahmen eines logistischen Regressionsmodells. Sie gelangen zu dem Befund, dass bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl des Jahres 2000 bundes- und landespolitische Einflussfaktoren ungefähr gleich stark auf das Wahlverhalten eingewirkt haben.

Als Vorzug der empirischen Analysen von *Krumpal* und *Raubut* kann ihre Sparsamkeit gelten: Da sie nur solche Bestimmungsgrößen der Wahlentscheidung verwenden, die in identischer Form in allen analysierten Umfragen erhoben wurden, können sie die Ergebnisse ihrer Modelle über die verschiedenen Bundesländer hinweg problemlos miteinander vergleichen. Dies wird insbesondere durch den Verzicht auf die Berücksichtigung spezifischer landespolitischer Sachfragen möglich. Der Aspekt der Vergleichbarkeit ist auch für die folgende empirische Analyse von zentraler Bedeutung: Um die in der Literatur konkurrierenden Behauptungen über die Entwicklung der relativen Bedeutung von bundes- und landespolitischen Motiven testen zu können, müssen die statistischen Modelle über die verschiedenen Landtagswahlen hinweg miteinander vergleichbar sein.

Des Weiteren erscheint es ratsam, nur solche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, die einen eindeutigen Bezug zur Bundes- beziehungsweise Landespolitik aufweisen. Vor diesem Hintergrund ist auch die – zunächst überraschende – Tatsache zu sehen, dass *Krumpal* und *Raubut* in ihren Modellen auf eine Berücksichtigung der Parteiidentifikation⁶ verzichten: Da die deutschen Parteien sowohl auf bundes- als auch auf landespolitischer Ebene aktiv sind, erfasst die Parteiidentifikation landes- und bundespolitische Aspekte, ohne dass deren Mischungsverhältnis klar wäre oder analytisch getrennt werden könnte. Hätten die Autoren diese Variable verwendet, wäre den Skalometern der Bundes- und Landesparteien jeweils Erklärungskraft entzogen worden: Erfasst die Parteiidentifikation beispielsweise vorwiegend bundespolitische Aspekte, so wäre dadurch der Effekt des Skalometers der Bundespartei zugunsten des Effekts des Skalometers der Landespartei geschwächt und der Vergleich der beiden entsprechend verzerrt worden. Daher erscheint ihre Entscheidung, die Parteiidentifikation nicht in ihr Erklärungsmodell aufzunehmen, plausibel. Da das Ziel ihrer Analyse nicht in der Identifikation der relativen Effekte von Parteiidentifikation, Kandidaten- und

5 *Ivar Krumpal* / *Heiko Raubut*, Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuellen Landtagswahlentscheidungen in der BRD? Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen (1996-2000), in: Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie, Universität Leipzig 2006, S. 1 – 34.

6 Vgl. zum Konzept der Parteiidentifikation ausführlich: *Jürgen W. Falter* / *Harald Schoen* / *Claudio Caballero*, Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik, in: *Markus Klein* / *Wolfgang Jagodzinski* / *Ekkehard Mochmann* / *Dieter Ohr* (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 236 – 272.

Themenorientierungen (den drei Komponenten des sozialpsychologischen Modells⁷) besteht, kann die aus der Nicht-Berücksichtigung der Parteiidentifikation resultierende ‚Inflationierung‘ des Effekts der beiden Parteiskalometer getrost in Kauf genommen werden. Der Effekt wird inflationiert, da durch die Nicht-Berücksichtigung der Parteiidentifikation deren Erklärungsleistung von den Parteiskalometern teilweise absorbiert wird.

Problematisch an der Untersuchung von *Krumpal* und *Rauhut* ist allerdings, dass sie den personalen Aspekt der Landtagswahlentscheidung völlig ausblenden: Insbesondere angesichts der Tendenz zur Personalisierung von politischen Auseinandersetzungen ist der Verzicht auf die Bewertung der Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in den Erklärungsmodellen nur schwer zu begründen. Dies gilt umso mehr, als populäre Landesväter und -mütter durchaus eine Strahlkraft auf die Wähler entwickeln können, die unabhängig von ihrer Landespartei ist. In die hier vorgenommenen empirischen Analysen wird daher die Bewertung der Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten einbezogen.

2. Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von 1990 bis 2005⁸

Bei der Landtagswahl vom 13. Mai 1990 (für die Ergebnisse vgl. Tabelle 1) gewann die SPD mit exakt 50,0 Prozent (1985: 52,1 Prozent) der Stimmen zum dritten Mal in Folge die absolute Mehrheit der Mandate im Nordrhein-Westfälischen Landtag und zum zweiten Mal hintereinander die absolute Mehrheit der Wählerstimmen.⁹ Die Sozialdemokraten konnten folglich mit ihrem Ministerpräsidenten *Johannes Rau* allein weiter regieren. Als Spitzenkandidat der CDU war *Norbert Blüm* angetreten, unter dem sich der Stimmenanteil der Union marginal auf 36,7 Prozent (1985: 36,5) verbesserte. Den Grünen gelang mit 5,0 Prozent der Stimmen (1985: 4,6) erstmals der Einzug in den Landtag, die FDP stabilisierte sich bei 5,8 Prozent (1985: 6,0). Diese Wahl stand bundespolitisch im Zeichen des Pro-

7 Vgl. dazu die Ausführungen von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

8 Die empirischen Analysen beziehen sich auf die vier nordrhein-westfälischen Landtagswahlen der Jahre 1990 bis 2005. Frühere Wahlen haben wir nicht in die Analyse einbezogen, da entweder keine entsprechende Wahlumfrage im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) verfügbar war oder diese nicht die für die Modellbildung notwendigen Variablen enthielten. Bei den Landtagswahlen der 1960er und 1970er Jahre stünde für die Messung des landespolitischen Einflusses nur die Bewertung der Landesregierung zur Verfügung. Damit fehlt einerseits der Vergleich zur Leistung der Oppositionspartei in der fraglichen Periode. Andererseits und vermutlich nicht weniger wichtig stellt der Fokus auf die Leistungen der jeweils zurückliegenden Periode eine erhebliche Einschränkung der Wählererwägungen dar. Politische Wahlen sind nämlich keineswegs primär eine ‚Abrechnung‘ mit der Vergangenheit, sondern vorrangig eine Abschätzung der Wähler, welche Partei zukünftig am besten geeignet erscheint (dazu: *Anthony Downs*, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957). Auch für die nordrhein-westfälische Landtagswahl des Jahres 1985 lassen sich nicht alle erforderlichen Merkmale in optimaler Weise operationalisieren. Eine empirische Analyse, die dieser Einschränkungen ungeachtet, den gesamten Zeitraum zwischen 1962 und 2005 umfasst, findet sich in: *Markus Klein / Dieter Ohr*, *Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen*, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Oscar W. Gabriel / Everhard Holtmann* (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2007 (i.E.).

9 Vgl. zu dieser Wahl ausführlich *Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann*, *Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 13. Mai 1990*, in: ZParl, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 429 – 449.

zesses zur Herstellung der deutschen Einheit. Zu ihrer bundespolitischen Prägung mag außerdem beigetragen haben, dass zeitgleich eine Landtagswahl in Niedersachsen stattfand.

Bei der Landtagswahl vom 14. Mai 1995 ging der Stimmenanteil der SPD auf 46,0 Prozent zurück.¹⁰ Sie verlor damit nach 15 Jahren die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident *Rau* musste eine – vor der Wahl von ihm vehement abgelehnte – Koalition mit den Grünen (10,0 Prozent) schließen, um weiterregieren zu können. Die CDU kam unter ihrem Spitzenkandidaten *Helmut Linssen* auf 37,7 Prozent. Die FDP verpasste mit 4,0 Prozent nach 1980 das zweite Mal den Einzug in den Landtag. Am 27. Mai 1998, also während der Legislaturperiode, folgte *Wolfgang Clement* im Amt des Ministerpräsidenten *Johannes Rau* nach.

Die Landtagswahl vom 14. Mai 2000 brachte eine Bestätigung der rot-grünen Koalition unter *Clement*, allerdings erlitt die SPD erneut deutliche Verluste.¹¹ Ihr Stimmenanteil ging auf 42,8 Prozent zurück. Gegenkandidat von *Clement* war *Jürgen Rüttgers*. Seine CDU stagnierte bei 37,0 Prozent. Großer Gewinner der Wahl war die FDP mit ihrem Spitzenkandidaten *Jürgen W. Möllemann*, die 9,8 Prozent der Stimmen erzielte und triumphal in den Düsseldorfer Landtag zurückkehrte. Das Ergebnis der Grünen fiel auf 7,1 Prozent. Bundespolitisch war diese Wahl durch die Unzufriedenheit mit der seit 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung, aber auch durch den CDU-Spendenskandal im Bund geprägt. Am 6. November 2002 wurde *Peer Steinbrück* als Nachfolger des nach der Bundestagswahl 2002 in das Bundeskabinett berufenen *Clement* zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Landtagswahl vom 22. Mai 2005 brachte Nordrhein-Westfalen einen Regierungswechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb.¹² Die SPD kam nur noch auf 37,1 Prozent der Stimmen, ihr schlechtestes Ergebnis im Land seit 1954. Grüne und FDP erzielten jeweils 6,2 Prozent. Die CDU konnte ihr Ergebnis um 7,8 Punkte auf 44,8 Prozent verbessern. Ihr Spitzenkandidat *Rüttgers* wurde von einer Koalition aus CDU und FDP zum Ministerpräsidenten gewählt. Bundespolitisch wurde diese Wahl als Misstrauensvotum gegen die Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung unter *Gerhard Schröder* gewertet.

Tabelle 1: Ergebnisse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, 1990 bis 2005

Landtagswahl	WBT	SPD	CDU	FDP	Grüne	Sonstige
13. Mai 1990	71,8	50,0	36,7	5,8	5,0	2,5
14. Mai 1995	64,0	46,0	37,7	4,0	10,0	2,3
14. Mai 2000	56,7	42,8	37,0	9,8	7,1	3,3
22. Mai 2005	63,0	37,1	44,8	6,2	6,2	5,7

WBT = Wahlbeteiligung.
Quelle: Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung Nordrhein-Westfalen.

10 Vgl. zu dieser Wahl ausführlich *Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann*, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 1995: Rot-grün unter Modernisierungsdruck, in: ZParl, 27. Jg. (1996), H. 2, S. 257 – 271.

11 Vgl. zu dieser Wahl ausführlich *Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann*, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000: Gelbe Karte für Rot-Grün, in: ZParl, 32. Jg. (2001), H. 1, S. 124 – 143.

12 Vgl. zu dieser Wahl ausführlich *Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann*, a.a.O. (2006).

3. Empirische Analysen

Um abzuschätzen, ob das Wählerverhalten bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen stärker von der Bundes- oder der Landespolitik bestimmt wird, wären zwei Vorgehensweisen denkbar gewesen: Erstens hätte man für jeden Wahltermin jeweils die bundes- und die landespolitischen Erwägungen der Wähler möglichst vollständig abbilden können. Dabei würde man etwa Kompetenzbewertungen der Parteien oder der Spitzenkandidaten bei wichtigen politischen Sachfragen mitberücksichtigen. Es wäre allerdings zweifelhaft – und von der jeweiligen Verfügbarkeit von Indikatoren auf Bundes- und Landesebene abhängig –, ob man die relevanten Wählererwägungen für beide Ebenen in der gleichen Ausführlichkeit nachzeichnen könnte. Nur dann wäre auch mit Fug und Recht von einem fairen Vergleich von Bundes- mit Landeseffekten auf die Entscheidung bei der Landtagswahl zu sprechen. Zudem macht ein derartiges Vorgehen den Vergleich über die Zeit hinweg nahezu unmöglich, da dieser identisch spezifizierte Modelle für alle Zeitpunkte zwingend voraussetzt.

Aus diesen Gründen wurde hier eine zweite, sparsamere Variante der Modellformulierung gewählt, bei der jeweils das Gesamturteil zu SPD und CDU in der Wählerschaft sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene in die Analyse einbezogen wird.¹³ Um die Stimmung hinsichtlich der Parteien auf Bundesebene zu erfassen, wurde eine Differenzvariable aus den Skalometerbewertungen der SPD im Bund einerseits und der CDU im Bund andererseits gebildet, wobei die CDU-Bewertung von der SPD-Bewertung subtrahiert wurde. In gleicher Weise wurde die Stimmung hinsichtlich der Parteien auf Landesebene als Differenzvariable aus den Skalometerbewertungen der SPD im Land Nordrhein-Westfalen einerseits und der CDU im Land andererseits konstruiert, wobei abermals die CDU-Bewertung von der SPD-Bewertung subtrahiert wurde.

Das zu erklärende Merkmal ist für jede der vier Landtagswahlen die Zwei-Parteienwahl SPD versus CDU. Dabei wurde die SPD-Wahl mit „1“ kodiert, die CDU-Wahl mit „0“. Bewusst wurde keine Operationalisierung vorgenommen, bei der etwa die Wahlabsicht für die SPD mit allen verbleibenden Wahlalternativen kontrastiert worden wäre. Bei dieser Vorgehensweise wäre die Referenzkategorie, nämlich alle anderen Parteien, sehr heterogen und zudem sehr weit von der tatsächlichen Entscheidungssituation eines Wählers entfernt. Eine Konsequenz dieser Operationalisierung liegt allerdings darin, dass sowohl die Wähler der kleineren Parteien als auch die Nichtwähler aus der Analyse ausgeschlossen werden.

Für beide Differenzvariablen werden jeweils positive Beziehungen zur Zwei-Parteienwahl erwartet: Je besser etwa die SPD im Bund relativ zur CDU eingeschätzt wird, desto wahrscheinlicher wird die Entscheidung bei einer Landtagswahl zugunsten der SPD, desto weniger wahrscheinlich eine Wahl der CDU.

Zusätzlich zur Bewertung der Landesparteien wurde als ein zweites Maß für den Einfluss der Landesebene die Bewertung der beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in die Analyse einbezogen, denn diese ist in der Landespolitik in besonderer Weise herausgehoben. Analog zu den Parteibewertungen wurde der Wert des CDU-Kandidaten von dem des SPD-Kandidaten subtrahiert.¹⁴

13 Vgl. Ivar Krumpal / Heiko Rauhut, a.a.O.

14 Die Analysemodelle unterscheiden sich, neben der Berücksichtigung der Kandidatenbewertungen, in zwei weiteren Aspekten von den Modellen Krumpals und Rauhuts (ebenda). Während die beiden Autoren bei der Landtagswahlentscheidung jeweils eine der beiden großen Parteien

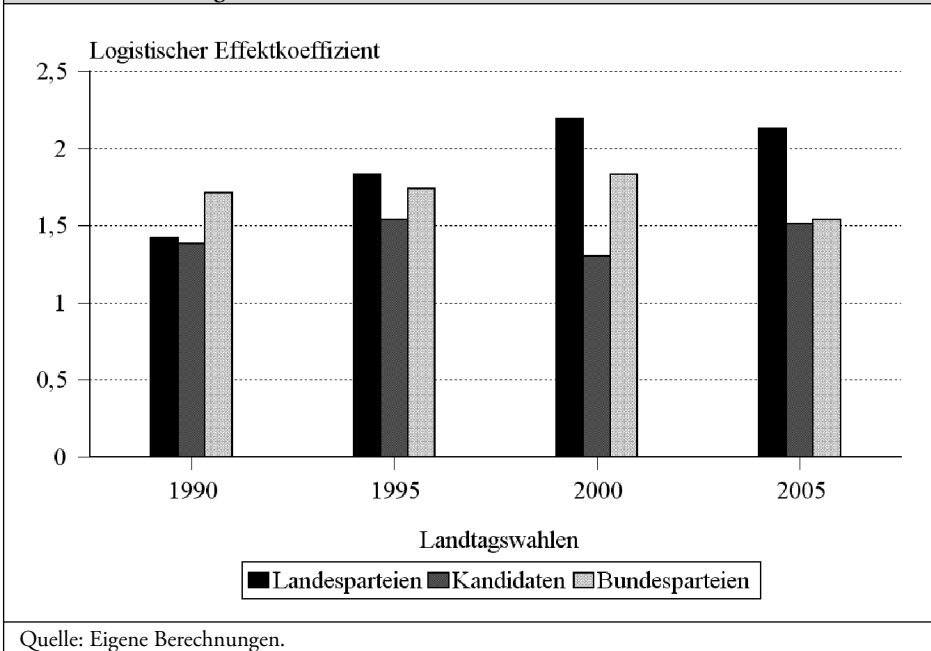
Die Bewertung der Landesparteien und der beiden Spitzenkandidaten von SPD und CDU wird also den Bewertungen der Bundesparteien gegenüber gestellt. Alle Indikatoren wurden für die vier Landtagswahlen zwischen 1990 und 2005 in identischer Weise erhoben, so dass für diese Wahlen eine realistische und im zeitlichen Verlauf vergleichbare Abschätzung des landes- und des bundespolitischen Einflusses auf die Entscheidung der Bürger bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen zu erreichen sein sollte. Bei den für diesen Zweck durchgeführten logistischen Regressionsanalysen ist die abhängige Variable jeweils die Zwei-Parteienwahl SPD versus CDU; erklärende Merkmale sind ein Differenzial SPD – CDU für die Bundesebene, ein Differenzial SPD – CDU für die Landesebene und zuletzt ein Differenzial für die beiden Spitzenkandidaten.

In Abbildung 1 sind die unstandardisierten logistischen Effektkoeffizienten für die vier Landtagswahlen von 1990 bis 2005 dargestellt. Würde eine Erklärungsgröße sich überhaupt nicht auf die Wahlentscheidung auswirken, ergäbe sich ein Effektkoeffizient von eins. Positive Einflüsse spiegeln sich in einem Koeffizienten größer eins wider, negative in einem Koeffizienten kleiner eins. Der Effektkoeffizient drückt jeweils aus, um welchen Faktor sich die relativen Chancen der SPD-Wahl gegenüber der CDU-Wahl erhöhen, wenn sich etwa die Bewertung der SPD im Bund relativ zur CDU um einen Skalenpunkt verbessert. Die Analyse hat für jede der vier Landtagswahlen einen relevanten Einfluss der Parteibewertungen auf Bundesebene ergeben: Mit jedem Skalenpunkt, um den das Bewertungsdifferential von SPD und CDU im Bund wächst, erhöhen sich die relativen Chancen der SPD gegenüber der CDU-Wahl um einen Faktor zwischen rund 1,5 und 1,8. Auch im statistischen Sinn ist der Bundeseffekt für alle vier Wahlen abgesichert (statistisch signifikant). Bei den Parteibewertungen auf Landesebene zeigt sich ebenso für jede der vier Wahlen ein starker Effekt auf die Wahlentscheidung, der sich sogar bei den jüngsten Wahlen noch erhöht. Hinzu kommt auf der Seite der Landeseinflüsse noch der Effekt, der den Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zuzuschreiben ist. Beide Landeseffekte sind durchweg statistisch abgesichert.

Abbildung 1 ist zu entnehmen, wie sich Unterschiede zwischen Wählern im Hinblick auf die Bewertungen von Bundesparteien, Landesparteien und Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten auf die (relativen) Wahlwahrscheinlichkeiten auswirken. Dies dürfte nicht zuletzt aus der Sicht der Parteien die wichtigste analytische Perspektive sein. Nicht unbedingt ist damit aber etwas darüber ausgesagt, wie erklärungsmächtig die Bestimmungsgrößen der Landesebene und der Bundesebene sind. Hierfür bietet sich als Maß der Erklärungszuwachs an, den jede der drei Bestimmungsgrößen über die Erklärungskraft der jeweils anderen Einflussgrößen hinaus zu generieren vermag (vgl. Abbildung 2). Ein erster Blick auf die Erklärungszuwächse mag den Eindruck erwecken, als könnten die Bewertungsdifferenziale die Parteienwahl nur zum kleinen Teil erklären, da die Werte maximal bei fünf Prozentpunkten liegen. Alle drei Bestimmungsgrößen zusammen ergeben aber

mit allen anderen Parteien kontrastieren, wird hier eine klar bestimmte Referenzkategorie, nämlich die jeweils andere große Partei, für sinnvoller gehalten. Des Weiteren erklären *Krumpal* und *Raubut* etwa die Wahl zugunsten der SPD allein mit den SPD-Bewertungen auf Landes- und Bundesebene, während hier die Bewertungsdifferenziale beider Parteien auf beiden Ebenen als die zentralen Erklärungsgrößen angesehen werden. Den Erklärungsmodellen liegt hier also die Überlegung zugrunde, dass die Wähler ihre Entscheidung auf einen Vergleich der Parteibewertungen gründen.

Abbildung 1: Landes- und Bundeseffekte auf die Wahlentscheidung bei nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, 1990 bis 2005



über 0,8 (80 Prozent). Da nun die einzelnen Bewertungen untereinander sehr stark zusammenhängen – wer die CDU im Bund gut bewertet, wird sie in der Tendenz auch im Land gut bewerten, ebenso den CDU-Kandidaten –, vermögen bereits zwei der drei Differenziale den Großteil der Wahlentscheidung sehr gut zu erklären.¹⁵ Worauf es also bei der Interpretation der Erklärungszuwächse ankommt, ist weniger ihre absolute Größenordnung als vielmehr die relative Größe von Bundeseinfluss, Einfluss der Bewertung der Landesparteien und der Kandidaten.

Für die Landtagswahl 1990, als die Ausgestaltung der deutschen Einheit das alles überragende nationale Thema im öffentlichen Diskurs war, erweist sich die Bewertung der Bundesparteien im Vergleich zu den Landesparteien als bedeutsamer. Dem Einfluss der Landesebene ist allerdings noch der Erklärungszuwachs zuzurechnen, der auf die Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten entfällt und der 1990 sogar etwas größer ausfällt als der Zuwachs der Parteienbewertung auf Landesebene. Hier dürfte der Wettstreit der beiden profilierten und beliebten Spitzenkandidaten *Rau* (SPD) und *Blüm* (CDU) dazu geführt

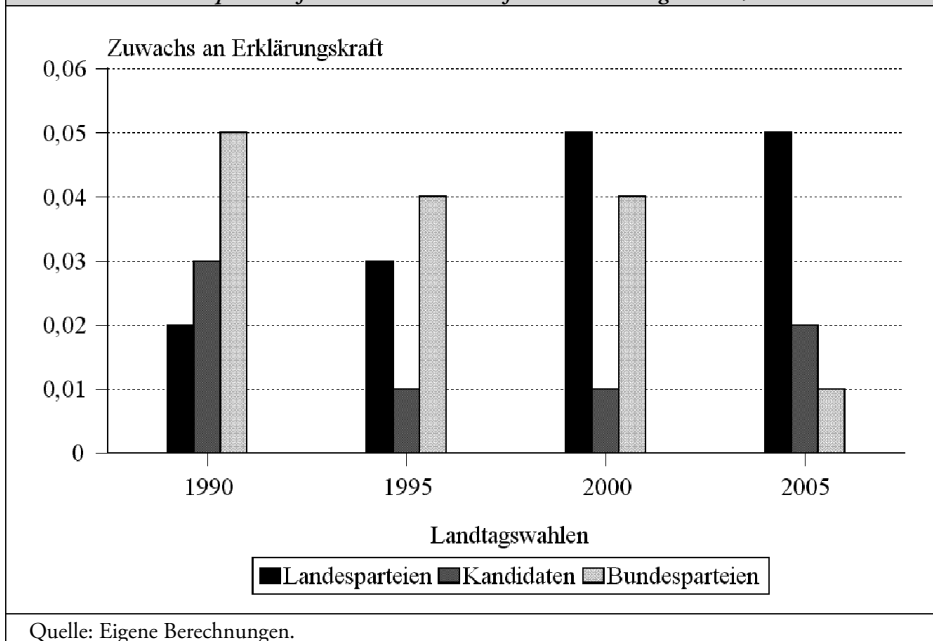
15 Die Erklärungszuwächse werden berechnet, indem in einem ersten Schritt ein logistisches Regressionsmodell geschätzt wird, das zwei der drei Differenziale enthält. Für dieses reduzierte Modell wird das Pseudo-Bestimmtheitsmaß nach *Nagelkerke* berechnet, das angibt, wie gut die beiden Differenziale die Zwei-Parteienwahl erklären können. In einem zweiten Schritt wird das noch nicht berücksichtigte dritte Differenzial in die Gleichung aufgenommen. Der daraus resultierende Zuwachs im Pseudo-Bestimmtheitsmaß ist der „Zuwachs an Erklärungskraft“ für das zuletzt aufgenommene Differenzial. Das beschriebene Verfahren wird für die Bewertung der Parteien im Bund, im Land sowie für die Bewertung der Kandidaten durchgeführt.

haben, dass das Urteil über die beiden Politiker mit besonders starker Akzentuierung in die Wahlentscheidung einging.

Für die beiden jüngsten Landtagswahlen der Jahre 2000 und 2005 ergibt sich im Vergleich zum Erklärungszuwachs der Bewertung der Bundesparteien ein stärkerer Einfluss der Bewertungen der Landesparteien. Hinzu kommt für die Landesebene abermals der Einfluss, der den Bewertungen der beiden Spitzenkandidaten zuzuordnen ist.

Im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2005 sind es also je nach Konstellation im Vorfeld der Landtagswahl einmal die Gegebenheiten der nationalen Politik, die die Wahlentscheidung in Nordrhein-Westfalen am stärksten bestimmen, so besonders im Jahr 1990, dann wieder stärker landespolitische Erwägungen, so bei den beiden letzten Landtagswahlen 2000 und 2005.

Abbildung 2: Erklärungsmächtigkeit der Popularität von Landesparteien, Kandidaten und Bundesparteien für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, 1990 bis 2005



4. Zunehmende Regionalisierung der Landtagswahlentscheidung oder Test für den Bund?

Mithilfe der hier vorgestellten Daten kann die Kontroverse, ob Landtagswahlen zu „Bundestestwahlen“¹⁶ geworden sind oder ob deren „Regionalisierung“¹⁷ stattgefunden hat, nicht endgültig entschieden werden. Allein schon aufgrund der regionalen und zeitlichen

16 Vgl. zum Beispiel *Frank Decker / Julia von Blumenthal*, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: *ZParl*, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 ff.

17 Vgl. *Daniel Hough / Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: *ZParl*, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 ff.

Beschränkung dieser Untersuchung wäre dies nicht möglich. Gleichwohl können einige wichtige Indizien zur empirischen Gültigkeit der beiden Ansätze beigesteuert werden: Für die Annahme der „Bundestestwahlen“ und einer starken bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen spricht, dass es für jede der vier Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1990 und 2005 einen starken und signifikanten Einfluss der Bundesebene gibt: Die Bewertung der beiden großen Parteien im Bund erweist sich jedes Mal als eine wichtige Bestimmungsgröße der Wählerentscheidung im Land. Interpretiert man die These in dieser schwächeren Lesart eines bedeutsamen Einflusses der Bundesebene, so sind die hier präsentierten Ergebnisse damit sehr gut vereinbar.

Versteht man demgegenüber die These in der Weise, dass Landtagswahlen in Deutschland und besonders die Wahlen im bevölkerungsstärksten Bundesland durch die Bundespolitik und die darauf gerichteten Erwägungen der Wähler nachgerade dominiert würden, so stehen unsere empirischen Befunde dem klar entgegen: Im Vergleich der Erklärungszuwächse, die auf die Bewertungen der Bundesparteien entfallen, mit den Zuwächsen, die auf die Bewertungen der Landesparteien zurückgehen, zeigt sich für die Landtagswahlen der Jahre 2000 und 2005 eine stärkere Wirkung der Bewertungen der Landesparteien. Den landespolitischen Einflüssen zuzurechnen ist zudem ein robuster Effekt der Kandidatenbewertungen, der bei jeder der vier analysierten Landtagswahlen auftritt.

Alles in allem kann mithin von einer Dominanz der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen durch die Bundespolitik keine Rede sein. Eher schon deutet sich in jüngster Zeit eine Verlagerung in die Richtung einer wichtiger werdenden Landespolitik an.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2002: der besondere Einfluss gleichzeitig stattfindender Bundestagswahlen

Markus Steinbrecher und Eva Wenzel

„Die Bundespolitik blieb in beiden Wahlkämpfen weitgehend außen vor.“¹ Diesen Eindruck von den jüngsten Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 bestätigte auch Ministerpräsident *Harald Ringstorff* am Wahlabend: „Diesmal gab es keinen Rückenwind aus Berlin.“² Der mögliche Einfluss der Bundespolitik spielt bei fast jeder Analyse nach einer Landtagswahl eine wichtige Rolle. Wahlen auf Landesebene werden als Möglichkeit betrachtet, die Leistungen der Bundesregierung zu bewerten, und daher zum Beispiel als „Bundesteilwahlen“³, „Testwahlen“⁴ oder „Barometer-

1 <http://www.zeit.de/online/2006/38/wahlen-berlin-meckpomm-hochrechnung?page=1>, 12. Oktober 2006.

2 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,437530,00.html>, 15. Februar 2007.

3 *Georg Fabritius*, Sind Landtagswahlen Bundesteilwahlen?, in: APuZ, B 21 (1979), S. 23 – 38, S. 31.

4 *Reiner Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: PVS, 18. Jg. (1977), S. 348 – 359, S. 348; *Georg Fabritius*, Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, Meisenheim 1978, S. 7.